

**GEMA und Umsatzsteuerzwangsbefreiung verärgern Veranstalter**

# Hier ist noch Leben drin

**Berlin – Im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung fand am 25. November in den Räumlichkeiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ein Branchenhearing zum Bereich Live Entertainment statt. Dabei standen die aktuellen Tarifeinwanderungen mit der GEMA immer wieder im Fokus der Debatte.**

Sehr positiv bewertet Jens Michow als Präsident des Bundesverbands der Veranstaltungswirtschaft (idkv) e.V. das Branchenhearing Live Entertainment: „Wir haben den Eindruck gewonnen, dass unsere Probleme, die wir vor allem mit der Umsatzsteuerbefreiung sowie der Geschäftspraxis der GEMA haben, seitens der Politik nicht nur verstanden und ernst genommen werden, sondern dass wir bei deren Lösung zukünftig mit umfassender Unterstützung der Politik rechnen dürfen.“ In der Tat verlief das Hearing in einer sach-

lich konzentrierten und von Verständnis für die Anliegen der Veranstaltungswirtschaft geprägten Atmosphäre – wozu nicht zuletzt der Redebeitrag von MdB Gitta Connemann, der Vorsitzenden der Enquêtekommission Kultur in Deutschland beitrug (siehe Seite 12). Nur die GEMA bekam ihr Fett weg. Michows Bundesverband hatte das Branchenhearing initiiert und inhaltlich gestaltet; 65 Branchenprofis sowie Repräsentanten des Bundeswirtschaftsministeriums und des Beauftragten der Bundesregierung für

Kultur und Medien nahmen teil. In seiner Begrüßung machte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hans-Joachim Otto, deutlich, dass die Livebranche „volkswirtschaftlich eine beachtliche Bedeutung“ hat: „Nach einer aktuellen Studie der GfK lag der Umsatz im Jahr 2008 bei rund 3,6 Milliarden Euro.“ Otto stricht zudem die Bedeutung der gesamten Kultur- und Kreativwirtschaft heraus, die 2008 eine Bruttowertschöpfung von 63 Milliarden Euro erbracht und Umsätze von

*Intensive und entspannte Arbeitsatmosphäre: Teilnehmer des Branchenhearings im Gespräch*

132 Milliarden Euro generiert habe. Von den rund eine Million Erwerbstätigen in diesem Bereich seien zudem 28 Prozent selbstständig tätig, was Otto als FDP-Politiker besonders freute. „Wir wollen der Branche mit diesem Hearing ein Gesicht geben“, unterstrich er, „damit ihre Leistungsfähigkeit national wie international stärker wahrgenommen wird“. Mit dem kürzlich eingerichteten Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft und dessen acht Mitarbeitern wolle das Bundeswirtschaftsministerium zudem die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen vorantreiben; 2010 sollen dazu weitere acht regionale Kontakt- und Anlaufstellen aufgebaut werden, um konkrete Hilfestellungen für Kulturschaffende und Kreative zu leisten. Die Ziele der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung umriss Hans-Joachim Otto so: „Wir wollen die Potenziale herausarbeiten und zwar Branche für Branche. Wir wollen Entwicklungen aufzeigen, wir wollen die Vernetzung intensivieren, wir wollen Anpassungsbedarf identifizieren und dort, wo möglich und nötig, auch die Rahmenbedingungen optimieren. Alle diese Ziele müssen sehr differenziert nach den jeweiligen Branchen herausgearbeitet werden.“ Als künftige Schwerpunkte der Initiative nannte Otto die Öffnung der Mit-

telstands- und Innovationsprogramme des Bundes, die Schaffung von Unterstützungsangeboten zur Professionalisierung sowie die Förderung innovativer Geschäftsmodelle. Über das Branchenhearing Live Entertainment sagte er: „Diese Veranstaltung soll auch dazu dienen, Ihre Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung des Segments Live Entertainment kennen zu lernen. Ohne Übertreibung würde ich dieses Segment als einen Kosmos unterschiedlichster Wirtschaftsaktivitäten beschreiben.“

### Konflikt mit harten Bandagen

Bei der Vorstellung der aktuellen Geschäftsentwicklung im Konzertgewerbe wurde auf Basis von GfK-Zahlen aber auch klar, dass der viel beschworene Boom im Livebiz kein Selbstläufer ist: So ging der Umsatz des Branchenzweigs im Zuge der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr um sieben Prozent zurück. Zudem gehe die Ertragsspanne zurück, hieß es: So sei die Gewinnmarge im Vergleich der Jahre 2007 und 2008 von 7,9 Prozent auf 7,7 Prozent gefallen. Im Anschluss nahm Jens Michow in einer Keynote eine Standortbestimmung des Livesektors vor und verglich die 3,6 Milliarden Euro des Konzertgewerbes mit den etwa ebenso hohen Umsätzen des

Buchhandels. Für das erfolgreiche Zusammenspiel von Pop und Politik nannte Michow positive Beispiele wie die Initiative Musik und die Entwicklung bei Fragen rund um die Künstlersozialabgabe; er strich aber auch Probleme heraus: „Der Veranstalter schultert immer größer werdende Risiken alleine“, müsse sich aber zugleich mit Baustellen wie der „Umsatzsteuer-Zwangsbefreiung“ befassen, so der idkv-Präsident. Im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerthematik richtete Michow einen entsprechenden Appell an die Politik: Wenn hier nicht bald etwas getan werde, könne es sein, dass mit dem Livegeschäft auch noch der letzte funktionierende Zweig der Musikwirtschaft an dieser Problematik zerbreche. Sodann ging Michow auf den Tarifstreit mit der GEMA und den Einigungsvorschlag der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt ein: Hier ließ er deutlich erkennen, dass man sich mit dem Spruch wohl kaum zufrieden geben wolle und notfalls auch den Gang durch die Instanzen bis zum Bundesgerichtshof antreten werde: „Wenn wir irgendwann möglicherweise mit diesem Streit beim Bundesgerichtshof gelandet sind – spätestens dann wird man auch überlegen müssen, ob es eigentlich noch angemessen ist, dass die Gebühr für die Nutzung eines von ▶



den Veranstaltern aufgeführten Repertoires zwangsläufig durch die Veranstalter erhoben werden muss.“ Zudem mahnte Michow mehr Wettbewerb im Bereich der Verwertungsgesellschaften an: Es könne nicht sein, dass man darauf angewiesen sei, mit einer Monopolgesellschaft zu verhandeln. „Wir wünschen uns, dass wir so schnell wie möglich in die Situation kommen, Rechte am Repertoire nicht nur bei

darüber werden wir streiten müssen.“ Dagegen verwehrte sich allerdings GEMA-Vorstandsmitglied Georg Oeller in der Diskussion energisch: „Angemessen ist nicht das, was einer der beiden Verhandlungspartner als angemessen definiert.“ Hierbei handele es sich um eine Verhandlungssache, dies sei in der freien Wirtschaft nun einmal so üblich, was gerade bei einem Treffen auf Einladung des Bundeswirt-

die Konzerte kassiert, bei der Ausschüttung an den Künstler aber 20 bis 25 Prozent einbehält. Dies hält Bruns nicht für angemessen. Er wies auch darauf hin, dass die Livebranche mit sehr viel mehr Einsatz als früher junge Künstler aufbaut: „Die Zeiten, in denen eine Plattenfirma dafür bezahlt hat, dass eine Band im Vorprogramm eines bekannten Künstlers mit auf Tournee gehen konnte, sind längst vorbei.“ Jetzt übernehme der Tourneeveranstalter diese Art von Newcomerförderung. Schließlich wandte sich Bruns gegen die geplante Umsatzsteuerbefreiung: „Das ist für die Künstler eine absolute Bedrohung.“

Künstler seien „Lehrbuchsteuerzahler“ und würden damit zusätzlich zur Kasse gebeten; „Newcomer werden nicht mehr auf Tour gehen können.“

#### Livebiz mit Perspektiven

Die Live-Entertainment-Branche nutzte das Hearing freilich auch zur Darstellung ihrer Arbeitsweise und Strukturen. So stellte Michael Bisping, Geschäftsführer A.S.S. Concert & Promotion, unter dem Motto „Who is Who in der Veranstaltungsbranche?“ die Struktur des Marktes vor, den er als Pyramide definierte, an dessen



Diskutierten in Berlin (v.l.n.r.): Anwalt Dr. Johannes Ulbricht, Georg Oeller, Jens Michow, Dieter Weidenfeld, Paul Woog, Daniel Winkel

einer Monopolgesellschaft in Deutschland, sondern im Wettbewerb innerhalb Europas zu lizenzieren.“ Michow, der freilich versicherte, er wolle die GEMA nicht grundsätzlich in Frage stellen, appellierte in diesem Zusammenhang an den Gesetzgeber, seiner Aufsichtspflicht nachzukommen und auch durch sein Eingreifen ein vernünftiges Verhältnis zwischen Veranstaltern und Verwertungsgesellschaften zu ermöglichen. Er wies zudem die Forderungen nach einer „angemessenen Vergütung“ zurück: „Über das, was sich der eine oder andere als angemessen vorstellt,

schaftsministeriums bedacht werden sollte.“ „Die GEMA ist ein Verein, der von den Mitgliedern getragen wird, und diese Mitglieder haben das Recht, ihren Verein so zu gestalten, wie sie es für richtig halten.“ Oeller meinte aber auch: „Diese ganzen Vorhaltungen bringen uns nicht weiter, und sie werden auch nicht wahr.“ Und er betonte: „Wir liegen in bestimmten Punkten gar nicht so weit auseinander.“ Als Manager von Peter Fox, Sseed und Joy Denalane meldete sich Markus Bruns (Brunetti & Richter) zu Wort und machte die Rechnung auf, dass die GEMA zwar für

### ... dann ist hier etwas ist aus dem Ruder gelaufen, dann ist hier Zynismus unterwegs“

erlin (mw) – MusikWoche dokumentiert Auszüge aus der Keynote von Jens Michow beim Branchenhearing Live Entertainment.

Die Künstler haben festgestellt, dass man der bedeutendste Teil ihrer Einnahmen, nämlich das Tonträgergeschäft, weggebrochen ist und dass es Geld im Livegeschäft verdient werden muss. Sie haben in den letzten fünf Jahren ihre Honorare in erheblichem Umfang erhöht und waren so die Ursache, dass Konzerttickets so teuer geworden sind. Ich habe, so sagte ich Tarifverhandlungen verfolgt, noch nie erlebt, dass ein Tarifvertragspartner eine Vergütung um das Dreifache erhöhen möchte. Sie haben Sie alle vielleicht mitgenommen, dass in der vergangenen

Woche die Schiedsstelle beim deutschen Patent- und Markenamt einen Einigungsvorschlag unterbreitet hat. Dieser sieht für Veranstaltungen mit bis zu 15.000 Besuchern einen Satz von 7,2 Prozent der Bruttoeinnahmen vor; ab 15.000 Besuchern soll der Tarif 7,65 Prozent des Umsatzes betragen. Sollte die GEMA den Vorschlag akzeptieren, bliebe sie zwar immer noch erheblich hinter ihrer ursprünglichen Tarifforderung zurück, aber für die Veranstaltungsbranche bedeutet die Akzeptanz dieses Einigungsvorschlages – wenn auch erst 2014, weil es bis dahin gestaffelt werden soll,

damit sich die Veranstalter so langsam an das dramatische Ende gewöhnen – nahezu eine Verdreifung des bisherigen Tarifs, und auch das halte ich für exorbitant. Und wie will jemand heute beurteilen, was 2014 angemessen ist? Wir haben durch eine Studie der GfK nachgewiesen, dass Veranstalter im Durchschnitt neun Prozent vor Steuern als Gewinn erwirtschaften – neun Prozent des Umsatzes von 3,6 Milliarden Euro, davon 2,8 Milliarden Euro im Musiksegment. Wenn von diesen neun Prozent des durchschnittlichen Gewinns 5,5 bis sechs Prozent an die Autoren gehen sollen, dann

frage ich mich, wozu man eine Veranstaltung überhaupt noch durchführen soll. Und wenn ich dann noch mit dem Argument konfrontiert werde, wer es sich nicht leisten kann, die Autoren angemessen zu bezahlen, da müsse eben nicht veranstalten – dann meine Damen und Herren, ist hier etwas aus dem Ruder gelaufen, dann ist hier Zynismus unterwegs. Man sollte sehr gut überlegen, ob man den letzten noch funktionierenden Teil der Musikwirtschaft nicht wirklich vor dem ganz schnell möglichen Ausbleiben bewahren sollte, bevor man den Bogen über

Spitze der Künstler steht, während der Ticketkäufer die Basis bildet. Zudem wies Bisping darauf hin, dass jede Menge Dienstleister involviert sind, die normalerweise nicht zur Musikwirtschaft im eigentlichen Sinne gehören – vom Busfahrer über die Gastronomie bis zur Hotellerie. Auch idkv-Vorstand und Howard-Carpendale-Manager Dieter Weidenfeld schilderte, dass bei einer Tournee viele Menschen beschäftigt sind, die nicht in der Livebiz-Statistik auftauchen; er regte an, die GfK möge diese Bereiche bei der nächsten Marktstudie mit erfassen. Künstleragent Roland Forster stellte den Non-Music-Bereich dar, in dem mit neuen Formen operiert werde, die zum Teil erst in den letzten 15 Jahren entstanden sind. Den „Standortfaktor Veranstaltungswirtschaft“ beleuchteten Michael Schacke, Geschäftsführer Undercover, am Beispiel Braunschweig sowie Paul Woog, Leiter des Popbüros Region Stuttgart. Zum Thema „Live Entertainment als Botschafter der deutschen Kultur im Ausland“ hielt Daniel Winkel, Managing Director vom Bureau Export de la Musique Française, einen Vortrag über die verschiedenen Förderinstitutionen in Frankreich, der interessante Vergleiche ermöglichte. Popkultur habe in Frankreich eine hohe politische und kulturelle Akzeptanz, sagte Winkel und zog das Fazit: „Keine erfolgreiche Exportförderung ohne erfolgreiche Inlandförderung.“ Womit der Ball wieder bei der Politik wäre. *Manfred Gillig-Degrave*

spannt. Der Veranstalter hat vom Kuchen, der erwirtschaftet wird, den kleinsten Teil und soll in dieser Situation weitaus mehr zahlen als jene, die auf der Bühne stehen, sich aber im Regelfall an den Kosten nicht beteiligen. Wir werden über dieses System nachdenken müssen – und zwar ohne den Autoren in irgendeiner Weise das streitig zu machen, was ihnen gebührt. Aber über das, was sich der eine oder andere als angemessen vorstellt, darüber werden wir streiten müssen, und wir sollten auch beginnen, ein bisschen über den Tellerrand hinaus zu denken und uns zu überlegen: Wem ist eigentlich damit geholfen, wenn weniger Veranstaltungen stattfinden? Dann



Nachdenken über das System: Jens Michow beim Branchenhearing

wird der Autor, der ja umsatzbezogen verdienen möchte, ebenfalls weniger verdienen. Wir sind mittlerweile in einer Situation angekommen, wo der Staat wirklich gefordert ist, zu schauen, ob hier alles noch gut oder möglicherweise aus dem Ruder gelaufen ist.